

## IN KÜRZE

**Neue Fraktionschefs**

Bei der CVP- und der FDP-Fraktion wechseln die Chefs. Gestern wurde bekannt, dass neu Christian Kündig (CVP, Rickenbach) die CVP-Fraktion leiten wird. Er übernimmt den Job von Adrian Dummermuth (CVP, Goldau). Bereits seit Längerem bekannt ist der Wechsel von Sibylle Ochsner zu Dominik Zehnder an der FDP-Fraktionsspitze.

**Schulgebühren werden erhöht**

Nicht nur die Beiträge für die Schüler von Privatschulen werden erhöht. Mehr zahlen müssen künftig auch die Kantonschüler. Der Kantonsrat erhöhte das Schulgeld von 500 auf 700 Franken gegen den Willen von Luka Markic, der namens der SP einen Antrag auf Beibehaltung stellte.

**Pilotprojekt im Wald**

Ab Neujahr dürfen auch Mitarbeiter von Forstunternehmen und nicht nur das Forstamt Bäume zeichnen, die geholt werden sollen. Eine CVP-Motion, die das Delegieren von Arbeiten im Forstamt forderte, wurde in ein Postulat umgewandelt und mit 68 zu 17 Stimmen erheblich erklärt.

**Bildungsstrategie kommt**

Mit 65 zu 18 Stimmen stellte sich die Ratsmehrheit auch hinter das Anliegen der CVP, der Kanton solle eine umfassende Bildungsstrategie vorlegen. Die entsprechende Motion wurde in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt.

**Kanton spart bei Prämien**

Praktisch unbestritten war ein Anliegen von Paul Schnüriger (CVP, Rothenthurm). Er forderte, dass der Kanton die Vergünstigung der Krankenkassenprämien so ausgestaltet werden. Bekommt jemand 100 Prozent und ist in einem Hausarztmodell, so erhält er nämlich mehr, als er bezahlen muss. Das dürfe nicht sein, erklärte Schnüriger.

## WORTE DES RATES

«Es ist kurz nach 12.00 Uhr, das Budget beimager. Ich will es nicht auch noch werden.»

Finanzdirektor Kaspar Michel erklärte, weshalb er sich in seinem Votum auf die wichtigsten Punkte beschränkt.

«Hat es schon geläutet?»

Ein völlig verunsicherter René Bünter (SVP, Lachen), als er realisierte, dass seine Redezeit offenbar schon zu Ende ist.

«Das ist doch schon wieder ein Mist aus Bern.»

Der Oberarther Paul Fischlin (SVP) hatte eine klare Meinung zur neuen Art, wie Schwyz seine Finanzen präsentiert.

«Liebe Regierungsräte, liebe Ratsmitglieder, sehr geehrte Sennenbuben.»

Die Grüne Rickenbacherin Birgitta Michel Thenen erwähnt zu Beginn ihres Referats die vier SVP-Räte, die sich in den umstrittenen Blumenhemden präsentierten.

«Die Edelweiss-Hämli-Fraktion ist uneins.»

Kommentar auf der Medienbank zur Tatsache, dass nur Paul Fischlin seinen Ratskollegen René Bünter beim Rückweisungsantrag unterstützte.

«Wenn die Streithähne zivilrechtlich bei Erbschaften nicht mehr weiterkommen, haben wir den ganzen Plunder auf unserem Pult.»

Justizdirektor André Rügsegger zum Grund, weshalb er für längere Verfahrensdauern plädierte.

«Schön wäre, wenn sie dem Kanton nicht nur den Plunder, sondern auch die Erbschaft überliessen.»

Kantonsratspräsident Adrian Oberlin (SVP, Wangen) mit einer schlagfertigen Fortsetzung von Rügseggers Ausführungen. Passend zur Budgetdebatte.

«Vielleicht fragt mich ja ein freundlicher Journalist über unsere Axen-Argumentation aus.»

Baudirektor Othmar Reichmuth versuchte Andreas Marty (SP Arth-Goldau/Einsiedeln) zu beruhigen, der eine teure Kampagne seitens des Kantons befürchtete.

# Die Regierung bringt die Steuererhöhung unter Dach

**KANTON** Die Steuern steigen im nächsten Jahr auf 170 Prozent einer Einheit. Die Regierung setzte sich im Kantonsrat deutlich durch.

JÜRGEN AUF DER MAUR

Regierungsrat Kaspar Michel setzte sein ganzes rhetorisches Talent ein. Am Schluss reichte es – nicht zuletzt dank einer einheitlich zustimmenden CVP, die mit ihrem Ja der Steuererhöhung und damit dem ersten Schritt zu gesünderen Finanzen zum Durchbruch verhalf.

**Michel: «Wir bleiben attraktiv»**

Hohe gebundene Ausgaben, auf die der Kanton praktisch keinen Einfluss hat, die ständig steigenden NFA-Beiträge, die Tiefsteuerstrategie mit dem Geschenk bei der Dividendenbesteuerung, tiefe Unternehmenssteuern: All das führte dazu, dass die Kantonsfinanzen mittlerweile tiefrot sind und dringender Sanierungsbedarf besteht.

«Wir würden keine Steuererhöhung beantragen, wenn es nicht unbedingt nötig wäre», appellierte denn auch Finanzdirektor Kaspar Michel gestern an die Kantonsräte. Die Regierung beantragt für 2016 zusammen mit dem Budget eine Steuererhöhung auf 170 Prozent einer Einheit. «Selbst damit sind wir noch immer steuerlich sehr attraktiv», freute sich Michel.

Dass die Debatte hart werden könnte, zeichnete sich schon ab, als die vorberatende Kommission ihr Ergebnis präsentierte. Sie war nämlich, wie Stawiko-Präsident Walter Duss (SVP, Lachen) gestern erneut erklärte, nur für eine Steuererhöhung auf 160 Prozent.

**Bünter und SP für Status quo**

Vertretern der Ratsrechten ging selbst das zu weit. René Bünter, der im Frühling in die Regierung gewählt werden will, stürzte sich mächtig ins Zeug. Er stellte den Antrag, die Steuern auf 145 Prozent einer Einheit zu belassen und behauptete, «dass wir heute gar nicht über den Steuerfuss reden müssen».

Unterstützt wurde er indirekt von Robert Gisler. Der parteilose Riemenstaldner, der in der FDP-Fraktion mitwirkte, zeigte sich überzeugt, dass die

Regierung schon im nächsten Jahr mit einer Erhöhung auf 200 Prozent komme.

**«Im Moment sind 170 Prozent der richtige Schritt.»**

PAUL HARDEGGER,  
FDP, SATTEL

Deshalb werde er sich gegen die heutige Erhöhung wenden. Sparen sei angesagt, statt «in Salamitaktik» den Steuerfuss Schritt um Schritt hinaufzuschrauben.

Die SP-Vertreter verbündeten sich letztlich mit Bünter und forderten ebenfalls, die Steuern vorderhand bei einem Fuss von 145 zu belassen. Sie stellten sich zwar hinter das Budget, wollten

aber erst im Frühling bei der jetzt in der Vernehmlassung steckenden Steuer-gesetzteilrevision Pflöcke einschlagen. Allerdings andere als die Parteirechte. Leo Camenzind (SP, Ingenbohl) argumentierte, dass einmal mehr die Reichen geschont, die kleineren und mittleren Einkommen aber für die Fehler der rechtsbürgerlichen Regierung zu zahlen hätten. Das gehe so nicht.

**Mitte entschied für Regierung**

Am Schluss siegte die Regierung. Der Antrag auf 145 Prozent unterlag mit 16 zu 70 Stimmen dem Begehren für einen Fuss von 160 Prozent. In einer weiteren Abstimmung stellten sich 53 Kantonsräte gegenüber 32 hinter die beantragte Erhöhung auf 170 Prozent.

Damit setzte sich im Kantonsrat eine Mehrheit aus der Mitte durch. Die CVP stand geschlossen hinter der Regierung. Man «akzeptiere» vorerst die knappe Unterdeckung, die damit bei den juristischen Personen weiterhin eingefahren wird. Gemäss Fachleuten bräuchte es hier mindestens einen Steuerfuss von 178 Prozent. 170 Prozent war auch im Sinn einer FDP-Mehrheit. Diese Erhöhung sei, so Paul Hardegger (Sattel) «im Moment der richtige Schritt».

## Abt Urbans Suppe wurde nicht versalzen

**KANTON** Private Mittelschulen erhalten wieder mehr Beiträge. Der Kantonsrat korrigiert frühere Entscheide – sehr zur Freude auch von Abt Urban von Einsiedeln.

JÜRGEN AUF DER MAUR

Noch Anfang Woche deutete alles darauf hin, dass am Schluss das Schwyzer Stimmvolk über die Beiträge an die privaten Mittelschulen zu befinden hätte. Gestern debattierte der Kantonsrat zwar beinahe zwei Stunden über das Geschäft, am Schluss konnten die Vertreter der privaten Schulträger, unter ihnen der Abt von Einsiedeln für die Klosterschule und Theresianum-Rektor Clemens Gehrig, dann aber strahlen.

**19500 Franken pro Schüler**

Unter Namensaufruf stellte sich der Kantonsrat überraschend deutlich hinter den Antrag der Regierung, diesen Privatschulen künftig 19500 Franken

pro Kopf als Unterstützungsbeiträge zu entrichten.

In der Schlussabstimmung sprachen sich 79 gegen 9 Kantonsräte für diese Beitragserhöhung aus.

Damit untersteht das Geschäft nur dem fakultativen Referendum. Wird dieses nicht ergriffen, kommt es nicht

**«Ich muss es leider sagen: Was Sie erzählen, ist Chabis.»**

WALTER STÄHLIN,  
BILDUNGSDIREKTOR

zur Volksabstimmung, was in den Worten von Bildungsdirektor Walter Stählin «auch absolut nicht stufengerecht» gewesen wäre.

**Einzelgespräche brachten Wende**

Die komfortable Mehrheit war offenbar das Resultat intensiver Einzelgespräche, die in den letzten Tagen und Stunden noch mit ablehnenden Kantonsräten geführt wurden.

«Dieses Geschäft liegt mir ganz stark am Herzen», führte zu Beginn der Debatte Irène May (CVP, Ingenbohl) namens ihrer Partei aus. Vor Jahren hatte das Parlament den Privatschulen die Beiträge auf 17756 Franken zusammengestrichen. Damit wäre das langfristige Überleben der Privatschulen im inneren Kantonsteil, des Theresianums Ingenbohl, des Gymnasiums Immensee oder der Klosterschule in Einsiedeln, nicht mehr gesichert gewesen. Das hätte aber gleichzeitig dazu geführt, dass der Kanton im inneren Kantonsteil eine grössere, neue Kantonsschule hätte bauen müssen. Im Übrigen kosten die Kantschüler den Kanton schon heute rund 6000 Franken mehr als das, was für die Privaten ausgegeben werden muss. «Nur ein Ja verhindert eine Kostenexplosion für den Kanton», argumentierte denn auch May.

**Kritik aus der SVP**

Das sahen nicht alle so. René Bünter (SVP, Lachen) fuhr scharfes Geschütz auf. Er argumentierte, die Ratsmehrheit und die Regierung wollten nur Struktur-erhalt betreiben. Die langfristige Optik für den Kanton gehe verloren. Kurz, so

Bünter: «Es hat einfach zu viele Mittelschulen im Kanton Schwyz.» Die Regierung betreibe letztlich eine völlig intransparente Finanzpolitik mit diesem Geschäft. Kantonsrat Christoph Räber (FDP, Hurden) versuchte zu vermitteln, während für die SP-Vertreterin Karin Schwiter eine Schwächung der privaten Mittelschulen «schlicht falsch» gewesen wäre. Auch für René Baggenstos (FDP, Ingenbohl) wäre ein «Nein zum Bumerang geworden».

René Bünter scheiterte gleich mit zwei Anträgen. Er wollte das Geschäft zunächst ganz zurückweisen und setzte sich in der Detailberatung dafür ein, den Privaten nur noch wie bisher 17756 Franken Beitrag zu entrichten.

**Stählin rüffelt Bünter**

Deutlich wurde zuvor Bildungsdirektor Walter Stählin an die Adresse seines Parteikollegen René Bünter. Er könne es nicht anders sagen als diese Woche Bundesrätin Leuthard am Gotthard-Podium: «Was Sie sagen, ist nur Chabis.» Es sei schlicht «schizophren», eine neue Schule bauen zu müssen. Und die Rede von intransparenten Kosten sei eine Unterstellung.



Stärkte sich bei der CVP-Fraktion vor der Bildungsdebatte in der Suppenanstalt: Abt Urban Federer.

Bild Jürg Auf der Maur